Einblick

e·on | Kernkraft

Zeitung für die Nachbarn des Kernkraftwerks Würgassen September 2011

Ausstieg aus der Kernenergie: Große Herausforderung, aber auch eine Chance **Seite 2**

Stabile Netze für die Zukunft: „Die Arbeit beginnt erst jetzt" **Seite 3**

Bodenproben auf dem Weg zur „Grünen Wiese" **Seite 4**

Liebe Leserin, lieber Leser, wir möchten Ihnen mit unserer Nachbarschaftszeitung Einblick stets fundierte Hintergrundinformationen liefern. Die Wochen und Monate nach den Ereignissen von Fukushima waren für uns äußerst turbulent. Sich ständig neu ergebende Sachlagen machten es uns schwer, Ihnen belastbare Fakten zu bieten. Daher erhalten Sie erst heute wieder eine neue Ausgabe der Einblick. Wir hoffen, Ihnen zukünftig wieder in gewohnter Regelmäßigkeit interessante Themen aus der Energiewirtschaft näher bringen zu können. Ihr Redaktionsteam

Der Rückbau des Kernkraftwerks Würgassen geht planmäßig voran.

Rückbau im Plan

500 Mitarbeiter arbeiten auch in diesem Jahr am großen Ziel, das Projekt bis zum Jahr 2014 abzuschließen. Bis zum Ende dieses Jahres soll nahezu das gesamte Maschinenhaus leer geräumt sein. Die Einrichtungen für die Bearbeitung von Reststoffen werden in die Nähe des Nord- und Südtores innerhalb des Kontrollbereichs umgesetzt. Im Reaktorgebäude werden nach dem Abschluss der Rückbauarbeiten am Brennelementlagerbecken verschiedene Betonstrukturen des ehemaligen Flutraumes und des Absetzbeckens entfernt. Außerdem findet im Umfeld des bereits rückgebauten Biologischen Schildes die Demontage von Betonstrukturen statt. Auch die Dekontamination der Gebäude geht in großem Umfang weiter: Mehr als 50.000 Quadratmeter Oberfläche werden in diesem Jahr in den Räumen des Kontrollbereichs bewertet und – wenn alle Voraussetzungen nach Strahlenschutzverordnung vorliegen – der Freigabe zum Abriss zugeführt.

REAKTORSICHERHEITS-KOMMISSION

Keine Grundlage für einen überhasteten Ausstieg

Die Sicherheitsüberprüfung anlässlich des Moratoriums lieferte keine technische Grundlage für einen überhasteten Ausstieg aus der Kernenergie. Diese Entscheidungen wurden aus politischen Gründen getroffen. Das Sicherheitskonzept und der Betrieb kerntechnischer Anlagen in Deutschland wurden anlässlich des Unglücks in Japan untersucht. Der Bericht der Reaktorsicherheits-Kommission belegt das hohe Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke. Die deutschen Anlagen weisen sowohl deutlich höhere Sicherheitsreserven im Bereich Naturereignisse als auch eine wesentlich robustere Stromversorgung auf, als dies gesetzlich verlangt wird. Der Bericht widerspricht der vielfach verbreiteten These, dass ältere Meiler grundsätzlich schlechter gegen Störanfälligkeit ausgelegt seien als neuere Anlagen.

Bis 2022 werden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Der überhastete Ausstieg wirft viele Fragen auf.

ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT

Eine Wende und viele Herausforderungen

Innerhalb kurzer Zeit soll die Energieversorgung umgestellt werden und gleichzeitig eine sichere und kostengünstige Stromversorgung gewährleistet werden.

Enorme Infrastrukturprojekte werden notwendig sein, um den Umbau zu ermöglichen. Die Akzeptanz bei den Bürgern für diese Großprojekte wird einer der Schlüsselfaktoren sein, die zum Gelingen notwendig sind. Bisher spürt der Stromverbraucher die Auswirkungen durch die Abschaltung von acht Kernkraftwerken nicht.

Die mit dem Moratorium erwirkte Abschaltung deutscher Kernkraftwerke belastet aber die Stabilität der Stromnetze. Die angespannte Situation im Netz hat dazu geführt, dass die Instandhaltung der Höchstspannungsnetze ausgesetzt und die Revision in manchen Kraftwerken verschoben werden musste. Deutschland wurde über Nacht vom Stromexporteur zum Importeur.

Strom schafft Komfort in unserem Lebensumfeld, aber 70 Prozent des in Deutschland erzeugten und nach Deutschland importierten Stroms braucht die Industrie. Netzinstabilitäten können vor allem für Unternehmen weit reichende Folgen haben – ebenso wie die unausweichlichen Strompreiserhöhungen in den nächsten Monaten und Jahren. Jeder Cent Preiserhöhung pro Kilowattstunde belastet die Jahresergebnisse der Unternehmen, insbesondere die der stromintensiven Industrie.

In Prognosen geht der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK) – abhängig vom Jahresverbrauch – von bis zu 55 Millionen Euro Zusatzkosten pro Unternehmen aus. Stromintensive Unter-

Fortsetzung auf Seite 4

Verpasste Chance

Eine Energiewende mit Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie – dies war bis zu den Ereignissen in Japan eine tragfähige Formel für die deutsche Energiepolitik der Zukunft. Deutschlands Kernkraftwerke waren und bleiben auch nach Fukushima die sichersten der Welt. Einen rationalen Grund und eine plausible Erklärung, acht deutsche KKW in einer Ad-hoc-Entscheidung quasi über Nacht abzuschalten gab und gibt es nicht. Es bleibt die Frage: Wurden bei diesem politischen „Schnellschuss" wirklich alle Folgen bedacht, die dieser Schritt für die Verbraucher, für die Wirtschaft im globalen Wettbewerb und die Umwelt bringt?

Kernenergie hat als einzige Energiequelle das Potenzial, Gegenwart und Zukunft der Energieversorgung zu überbrücken. Doch große Veränderungen brauchen ihre Zeit. „Viele, die heute die Energiewende ausrufen, werden irgendwann in 20 oder 30 Jahren mit Sicherheit nicht mehr zur Verantwortung gezogen, wenn sie misslingt", sagte der britische Energieforscher Professor Ian Bryden. Wohl wahr: Die Folgen der überhasteten Ausstiegsentscheidung wird nicht mehr die Regierung von heute, sondern werden künftige Generationen tragen müssen.

Ihr Manfred Winnefeld

ENERGIEWENDE

Große Herausforderung, aber auch eine Chance

Deutschland will beim Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zum Vorreiter werden.

In den nächsten Jahrzehnten soll die Energieversorgung in Deutschland komplett umgebaut werden. „Der Weg ist für Deutschland eine große Herausforderung", sagte die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag. Gleichzeitig bedeute er aber auch riesige Chancen für künftige Generationen – für Exporte, neue Technologien und Arbeitsplätze. „Für diesen Strom der Zukunft brauchen wir eine neue Architektur unseres Energiewesens", erklärte die Kanzlerin. Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie ist eine Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen – und eine Kraftanstrengung für die gesamte Gesellschaft.

Auswirkungen auf die Strompreise

Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) schätzt, dass ein schneller Ausstieg aus der Kernkraft und die notwendigen Investitionen den Verbraucher in den nächsten 10 Jahren ca. 230 Milliarden Euro kosten werden. Bereits 2011 werden die Stromverbraucher mit 13,6 Milliarden Euro den Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen – mehr als doppelt so viel wie 2009. Der beschleunigte Ausstieg lässt diese Kosten in den nächsten Jahren weiter wachsen. Der Preis für CO2-Zertifikate, die alle Betreiber von fossilen Kernkraftwerken zum Ausgleich für zusätzliche Umweltbelastungen brauchen, wird sich deutlich erhöhen. Nach Schätzung der Deutschen Bank allein von unter 16,50 Euro zum Jahresanfang auf 21 Euro bis Dezember 2011.

Auswirkungen auf die Umwelt

Der Bund der deutschen Industrie (BDI) rechnet mit rund 20 Millionen Tonnen zusätzlichen CO2-Emissionen pro Jahr. Das macht die Erfüllung der von der Bundesregierung definierten Klimaschutzziele schwieriger.

Auswirkungen auf die Staatseinnahmen

Der Bundesfinanzminister rechnet mit 200 Millionen Euro weniger Einnahmen aufgrund der künftig sinkenden Kernbrennstoffsteuer. Offen ist auch die weitere Finanzierung des Energie- und Klimafonds. Aufgrund der Abschaltung der Kernkraftwerke erfolgte die letzte Ratenzahlung im März. Weitere Zahlungen sind ausgesetzt. Ungewiss ist die Höhe der Entschädigungsforderungen der KKW-Betreiber wegen der gesetzlich verfügten KKW-Stilllegung, die allen bestehenden Verträgen widerspricht.

Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit

Im Bereich der Kraftwerke wird ein umfangreicher und schneller Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken notwendig, die nach Vorstellung der Politik die Produktionslücke nach Abschaltung der KKW schließen sollen. Dies könnte vor allem in Anbetracht der Bürgerproteste in Deutschland im Zeitrahmen bis 2020 eine große Herausforderung werden. Offen ist auch, wer diese neuen Anlagen bauen wird. Durch die enorm hohe Förderung und Priorität von Wind- und Sonnenstrom bei der Einspeisung würden solche Kraftwerke nur bei Spitzenverbrauch ans Netz geschaltet. Für potenzielle Investoren ist der Neubau und Betrieb solcher fossiler Kraftwerke deshalb wenig attraktiv. Deutschland ist durch die Abschaltung der ersten acht Kernkraftwerke in den vergangenen Monaten vom Stromexporteur zum Stromimporteur geworden. Vor allem die Strommengen, die Deutschland aus Tschechien und Frankreich bezog, sind deutlich angewachsen. In beiden Ländern ist Kernenergie ein fester und wichtiger Bestandteil im nationalen Energie-Mix.

Die über Jahrzehnte sensibel ausjustierte Stabilität der deutschen Stromnetze ist nach Einschätzung der Deutschen Netzagentur (DENA) gefährdet. Der Zeitrahmen für den dringenden Ausbau der Netze ist angesichts von Bedenken in der Bevölkerung gegen neue Stromtrassen sehr ambitioniert (siehe Interview rechts).

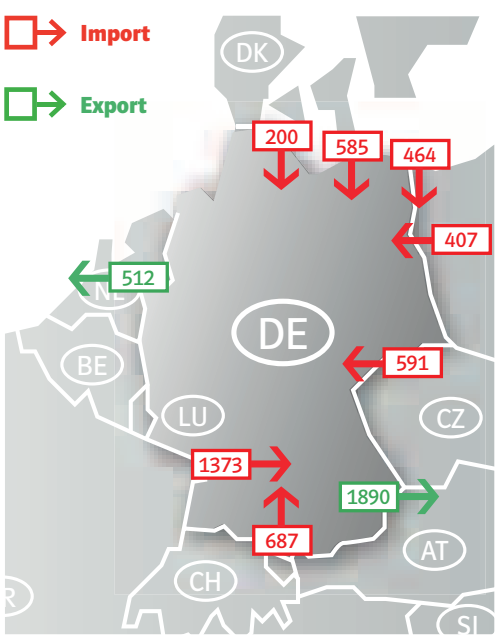
Chance für die Zukunft

Die Herausforderungen erscheinen auf den ersten Blick riesig. Sicherlich aber muss man auch in Betracht ziehen: auf lange Sicht bietet die Energiewende für Deutschland auch gewisse Chancen – beispielsweise in der beschleunigten Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Die Bundesrepublik könnte damit weltweit zum Vorreiter werden und das neu gewonnene Know-how ins Ausland exportieren.

Das aktuelle Zitat

» Deutschland wird zum Versuchsraum für den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien. Was wir lernen, wollen wir in die Welt tragen. «

Dr. Johannes Teyssen
Vorstandsvorsitzender der E.ON AG, am 27. Juni in einem Interview mit der „Financial Times Deutschland".



DEUTSCHLAND

Über Nacht zum Importeur

Mit der Abschaltung von acht Kernkraftwerken ist Deutschland über Nacht vom Stromexporteur zum Importeur geworden: als Beispiel der 11. Juli, vormittags. 4.299 Megawatt fließen aus den Nachbarländern nach Deutschland.

Zeitgleich exportiert die Bundesrepublik 2.402 Megawatt - in diesem Beispiel vor allem ins kernkraftfreie Österreich (1.890 MW) und nach Großbritannien.

Die Fakten zu den Stromlieferungen kann jeder im Internet sehr detailliert nachlesen auf der Website des Verbunds der europäischen Übertragungsnetzbetreiber www.entsoe.net.

Nach einer Registrierung stehen dort alle Daten kostenfrei und für jeden zugänglich zur Verfügung.

Der Zeitplan für den Ausstieg

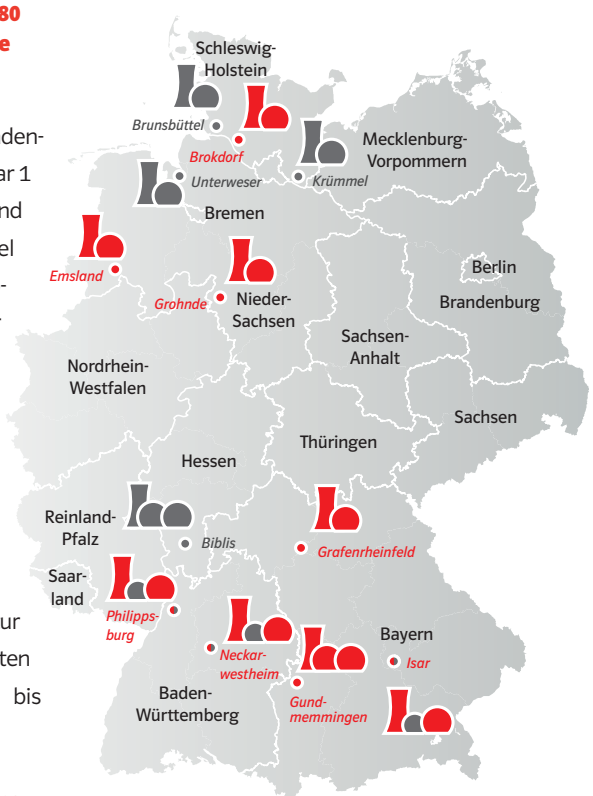
Von der Sofortabschaltung zu Beginn des Moratoriums im März waren alle vor 1980 in Betrieb genommenen Kernkraftwerke betroffen:

Neckarwestheim 1, Philippsburg 1 (Baden-Württemberg), Biblis A und B (Hessen), Isar 1 (Bayern), Unterweser (Niedersachsen) und das ohnehin stillstehende AKW Brunsbüttel (Schleswig-Holstein). Auch nach dem Moratorium gingen die Anlagen nicht wieder ans Netz. Zudem bleibt als achter Meiler das 1983 ans Netz gegangene und bereits seit 2009 abgeschaltete AKW Krümmel in Schleswig-Holstein vom Netz getrennt. Zwei der acht Anlagen werden von E.ON betrieben: Isar 1 und Unterweser.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft gehalten wird.

Der vorläufige Zeitplan für die Stilllegung der verbliebenen neun Kernkraftwerke:

2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg 2, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland.



AUSBAUPLÄNE

Stabile Netze für die Zukunft: „Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt"

Nach Schätzungen der Deutschen Energie-Agentur ist der Neubau von rund 4.400 Kilometern neuer Höchstspannungsnetze notwendig, um die Energiewende umzusetzen – eine riesige Herausforderung.

Diplom-Ingenieur Martin Fuchs ist als Geschäftsführer des Übertragungsnetz-Betreibers TenneT verantwortlich für rund 11.000 Kilometer Höchstspannungsleitungen in Deutschland. Im Interview wirbt er dafür, das Tempo der Energiewende an die Geschwindigkeit des Netzausbaus anzupassen.

E.ON Einblick: Herr Fuchs, gehen in diesem Winter in Deutschland die Lichter aus, da nun wohl endgültig feststeht, dass acht Kernkraftwerke nie wieder ans Netz gehen werden?

Martin Fuchs: Die Netzsituation war schon im Frühsommer sehr angespannt. Im Winter wird sie auf Kante genäht sein. Wir werden als Übertragungsnetzbetreiber viele Maßnahmen ergreifen müssen, um die Netzsituation stabil zu halten. Eine stabile Netzsituation ist kein Selbstläufer. Wir sind übereinstimmend mit der Bundesnetzagentur der Ansicht, dass im Winter in kalten Abendstunden die Stromversorgung ernsthaft gefährdet sein könnte, wenn beispielsweise auch Frankreich wegen einer Kältewelle nicht aushelfen könnte. Im Notfall müssten wir dann vielleicht sogar Großverbraucher abschalten, damit das Netz nicht zusammenbricht.

E.ON Einblick: Mit der neuen Gesetzeslage von Ende Mai steht der Fahrplan für den Ausstieg aus der Kernenergie weitgehend fest. Setzt die Politik mit einer zu schnellen Energiewende die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland aufs Spiel?

Martin Fuchs: Die Politik will das sicherlich nicht. Sie verspricht ja, dass gleichzeitig der Netzausbau beschleunigt wird, dass man die Erneuerbaren stärker dem Wettbewerb aussetzt, damit die Umlage für die Erneuerbaren Energien (EEG-Gesetz) von heute 3,5 Cent je Kilowattstunde für Haushaltskunden nicht noch weiter ansteigt, dass Ersatzkraftwerke zugebaut werden und dass man mit einer Art Monitoringprozess den Umbau unserer Energieversorgung begleiten will, um bei Fehlentwicklungen gegensteuern zu können.

Wenn das alles realisiert wird – und ich betone: ‚Wenn' – dann ist das auch alles zu verantworten. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass man nicht nur eine Jahreszahl für den Ausstieg festlegt, sondern zugleich deutlicher auflistet und kommuniziert, welche Maßnahmen Voraussetzungen sind, um das Ziel erreichen zu können. Wir haben zwar ein Ziel definiert, aber es ist noch längst nicht klar, ob wir den Weg dorthin auch schaffen. Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt erst. Die Politik muss jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, die wir für den enormen Netzausbau benötigen. Es muss unbürokratischer werden als bisher und wir brauchen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob uns das gelingt, da sind angesichts der Erfahrungen aus der Vergangenheit Zweifel erlaubt.

E.ON Einblick: Das geplante Netzausbaubeschleunigungsgesetz soll das ja nun alles ändern. Teilen Sie den Optimismus der Politiker?

Ich bin noch nicht überzeugt, weil wir durch das geplante gestufte Vorgehen mit Netzentwicklungsplan und Netzbedarfsplan möglicherweise noch längere Abstimmungswege haben werden als bisher. Es droht die Gefahr, dass die Bürokratie nicht weniger, sondern sogar mehr wird. Positiv ist, dass die Fristen, die im Gesetzentwurf vorgesehen sind, sehr kurz sind. Wenn die wirklich eingehalten werden, dann könnte das Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Erwartungen erfüllen. Positiv beurteile ich auch die Absicht, der Bundesnetzagentur eine zentrale Rolle als Entscheidungsinstanz zuzuweisen. Nach meinen Erfahrungen mit der Netzagentur wird die in der Regel schnell entscheiden. Das bringt uns aus Konfliktsituationen heraus, wie wir sie heute in einigen Bundesländern haben.

Das ausführliche Interview mit Martin Fuchs können Sie in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Streitfragen" des BDEW nachlesen unter www.bdew.de.

Milliarden für die Energie-Forschung von morgen

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: Nur mit intensiver Forschung, Entwicklung und Förderung der neuen Technologien lässt sich die Energiewende umsetzen.

Bis zum Jahr 2050 soll jede zweite in Deutschland erzeugte Kilowattstunde aus Erneuerbaren Energien stammen. Das stellt die gesamte Energiewirtschaft vor große Herausforderungen: Wie kann es gelingen, die Netzstabilität in Zeiten großer Schwankungen bei Energiequellen wie Sonne oder Windanlagen zu garantieren? Wie werden die intelligenten Stromnetze der Zukunft, die „Smart Grids", in der Praxis aussehen? Wie lassen sich große Energiemengen aus regenerativen Quellen speichern, um sie bei Bedarf abrufen zu können? Die Bundesregierung stellt in einem Forschungsförderprogramm bis Ende 2014 rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um Antworten auf die großen Fragen der Energieversorgung von morgen zu finden.

„Die energiepolitischen Ziele können nur mit intensiver Forschung, Entwicklung und Förderung neuer Technologien erreicht werden. Die Bundesregierung setzt im Energieforschungsprogramm mit den Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz die richtigen Schwerpunkte für die nächsten Jahre", sagte Hildegard Müller, die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Entscheidend sei nach wie vor die Integration der Erneuerbaren Energien. Innovationen bei Erzeugung, Speicherung und Transport von Elektrizität müssten es ermöglichen, den wachsenden Anteil fluktuierender Erzeugung marktgerecht einzubinden.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft fordert zusätzlich bessere Rahmenbedingungen für Innovationen bei den Energieversorgern. Beispielsweise müssten die Netzbetreiber künftig beim Thema Smart Grids sowohl bei den Investitionen, als auch bei der Forschung und Entwicklung unterstützt werden. Dies betreffe insbesondere die Verteilnetzebene. Mit Blick auf den Einsatz von Energiespeichern sollte eine Regelung getroffen werden, die deren Erprobung und Einsatz fördere.

Das aktuelle Zitat

» Die Energiewende erfordert eine internationale Einbindung. Gleichzeitig baut der schnelle Atomausstieg Deutschlands aber darauf, dass andere Länder dies nicht nachmachen. Würde beispielsweise Frankreich mit ähnlich hohem Tempo aus der Kernenergie aussteigen wollen, könnten keine Exporte mehr nach Deutschland zur Sicherung der Stromversorgung stattfinden. «

Dr. Hubertus Bardt ist stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereiches Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sowie Leiter des Kompetenzfeldes Umwelt, Energie, Ressourcen, am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Fortsetzung von Seite 1

nehmen, wie etwa Aluminiumhersteller oder die Papierfabriken, könnten gezwungen sein, Betriebsstätten in Deutschland zu schließen und ihre Fertigungen am Rande der EU und in Asien auszubauen. „Die Politik hat im Eiltempo vollendete Tatsachen geschaffen", kommentierte der Vorstandschef des Chemieriesen Bayer. Wesentliche Herausforderungen müssen dabei gemeistert werden: Welche Energieträger sollen künftig die Systemstabilität garantieren, wenn dies die Kernenergie nicht mehr leisten darf? Welchen Stellenwert hat der Klimaschutz zukünftig in Deutschland?

Die Infrastruktur für den Stromtransport muss in einem nie dagewesenen Umfang um- und ausgebaut werden. Wie schaffen wir die notwendige Akzeptanz bei den Bürgern, die die Folgen der Energiewende in vielerlei Hinsicht mittragen müssen: sei es über gestiegene Stromkosten oder wenn in der Nachbarschaft neue Hochspannungsleitungen oder Stromspeicher entstehen sollen. Ohne diese Zustimmung kann ein solcher Kraftakt nicht gelingen. Dabei müssen die Konsequenzen für Industrie und Bürger offen angesprochen werden. Denn klar ist: Den Umbau der Energieversorgung gibt es nicht zum Nulltarif.

WÜRGASSEN IM WANDEL

Gebündeltes Werkstatt-Know-how

In Würgassen ist vieles im Wandel – der Rückbau macht die Veränderungen nötig: Das Werkstatt-Wissen aus bisher drei Einheiten im Kernkraftwerk Würgassen wurde deshalb jetzt gebündelt.

Werkstatt-Team

Der Vorteil: Auch in den verbleibenden Rückbaujahren bleibt der gesamte Kompetenz- und Erfahrungsschatz erhalten. In der neuen Werkstatt-Plattform können in den noch verbleibenden Rückbaujahren auch weiterhin elektrotechnische, maschinentechnische und leittechnische Arbeiten direkt vor Ort ausgeführt werden. Hier sind derzeit 16 eigene Kraftwerksmitarbeiter sowie 15 bis 20 externe Fachkräfte tätig. Zu Betriebszeiten waren insgesamt rund 90 Mitarbeiter in den Werkstätten beschäftigt und es gab viele Angebote zur Berufsausbildung. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Seit 1972 wurden im Kernkraftwerk Würgassen insgesamt 326 Ausbildungsverträge abgeschlossen, 221 davon in technischen Berufszweigen. Dazu zählten Industriemechaniker, Mess- und Regelmechaniker, Prozessleitelektroniker und Energieelektroniker. Weitere 105 Ausbildungsverträge wurden für angehende Industriekaufleute, Chemielaboranten und Köche abgeschlossen.

Jetzt mitmachen!

Großes Gewinnspiel

Wenn Sie die drei folgenden Fragen richtig beantworten, nehmen Sie an der Verlosung teil. Die Lösungen finden Sie in den Textbeiträgen dieser Ausgabe der Einblick. Senden Sie bitte Ihre Antwortpostkarte mit Absender, Telefon sowie Nummern der Fragen und Buchstaben der richtigen Antworten bis spätestens 7. Oktober 2011 an: E.ON Kernkraft GmbH, Kernkraftwerk Würgassen, Stichwort: „Gewinnspiel", Zum Kernkraftwerk 25, 37688 Beverungen.

1. Welcher Anteil der Stromproduktion in Deutschland soll bis 2050 aus Erneuerbaren Energien stammen?

A. 20 Prozent **B.** 50 Prozent **C.** 100 Prozent

2. Wann soll nach derzeitigen Beschlüssen das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen?

A. 2022 **B.** 2024 **C.** 2026

3. Welche Summe stellt die Bundesregierung bis Ende 2014 zur weiteren Erforschung der Erneuerbaren Energien zur Verfügung?

A. 35 Mio. Euro **B.** 350 Mio. Euro **C.** 3,5 Mrd. Euro

Gewinnen Sie einen der tollen Preise des großen Einblick-Preisrätsels:

1. Preis: ein exklusiver, ultrakompakter elektronischer Bilderrahmen,
2. Preis: eine hochwertige digitale Wetterstation mit Prognose-Funktion,
3. Preis: ein hochmoderner tragbarer MP3-Player mit Platz für viele tausend Lieder,
4.-5. Preis: je ein Stromverbrauchszähler mit praktischem Display

FREIGABE DES KRAFTWERKS-GELÄNDES

Bodenproben auf dem Weg zur „Grünen Wiese"

Der Rückbau des Kernkraftwerks Würgassen schließt auch eine Freigabe des gesamten eingezäunten, atomrechtlich überwachten Außengeländes ein. Erste Arbeiten zur Geländefreigabe haben jetzt bereits begonnen.

Das Ziel der Arbeiten: Der Überwachungsbereich soll bis 2014 auf das Gelände rund um das Standort-Zwischenlager reduziert werden. Damit die Außenbereiche freigegeben werden können, müssen umfangreiche Nachweise erbracht werden, dass das Gelände frei von Kontamination durch den Betrieb des Kernkraftwerks ist.

Entsprechende Arbeiten für eine Bewertung des Kraftwerksgeländes laufen bereits seit Ende 2010. Dabei erfolgt eine betriebshistorische Bestandsaufnahme über die Nutzung des Geländes mit seinen Straßen, Wegen und freien Flächen. Als erste äußerlich sichtbare Aktion hat ein Geologietrupp auf dem Kraftwerksgelände Bodenproben entnommen.

Kurz notiert

E.ON-Energie für den Kindergarten in Brakel

Die Freude ist groß: Das E.ON Kernkraftwerk Würgassen unterstützt den Kindergarten „Zur Krüne" auf seinem Weg in die Zukunft. 47 Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren werden dort betreut.

Seit August stehen die Türen der Einrichtung auch Kindern unter zwei Jahren offen. „Die Kleinen benötigen selbstverständlich ganz andere Spiel- und Beschäftigungs-Materialen als die Großen", sagt die Leiterin des Kindergartens, Sandra Steinhage.

Diese kann die Einrichtung jetzt anschaffen – dank des Engagements von E.ON. Peter Klimmek vom KWW überreichte einen 500-Euro-Scheck. Die Wunschliste der Kinder ist lang und reicht von Motorikschleifen für die Wand, Bausteinen bis hin zu Riesenperlen zum Auffädeln.

Impressum

Nachbarschaftszeitung des Kernkraftwerks Würgassen

Kontakt: E.ON Kernkraft GmbH, Kernkraftwerk Würgassen – Öffentlichkeitsarbeit, Peter Klimmek, Zum Kernkraftwerk 25, 37688 Beverungen, Telefon: 05273/38-2257

Herausgeber: E.ON Kernkraft GmbH, 30457 Hannover;
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Petra Uhlmann

Gestaltung: NewsWork Communication & Publishing AG, Regensburg, www.newswork.de